

ZUM GLÜCK VEREINT

1. Europa schärft sein Profil

Mit dem Vertrag von Lissabon schärft die Europäische Union ihre Konturen. Die Bürger können in Zukunft klarer erkennen, welche Persönlichkeiten an der Spitze die Verantwortung tragen. Künftig werden vor allem vier führende Köpfe der Europäischen Union Gesicht und Stimme verleihen:

Ratspräsident Neu geschaffen wird das prominente Amt des Präsidenten des Europäischen Rates, der auf zweieinhalb Jahre gewählt ist. Er leitet die Sitzungen der Staats- und Regierungschefs. Er ist damit Regisseur der EU-Gipfeltreffen, bei denen die wichtigsten Weichenstellungen vorgenommen werden.

Parlamentspräsident Der höchste Repräsentant des Europäischen Parlaments vertritt das einzig direkt von den Bürgern gewählte EU-Organ. Der Volksvertretung wächst in der reformierten EU erheblich mehr Macht und Einfluss zu. An ihr kommt in Brüssel keiner vorbei.

Kommissionspräsident Dieser Top-Job wird weiter aufgewertet und demokratisch legitimiert. Der Wählerwille wird zum ausschlaggebenden Faktor bei der Besetzung. Denn das Ergebnis der Europawahl fällt ins Gewicht, wenn die Abgeordneten den Kommissionschef wählen.

EU-Außenminister Eingeführt wird ein "Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik", wie der Europa-Außenminister genannt wird. Er wird die Stimme Europas in der Welt sein. Die erhöhte Sichtbarkeit durch bekannte Namen an der Spitze erleichtert den Bürgern die Orientierung in der Europapolitik und den Aufbau von Vertrauen in die EU.

2. Europa wagt mehr Demokratie

Der Vertrag von Lissabon zieht einen Schlussstrich unter das Demokratiedefizit der Europäischen Union. Seit der ersten Direktwahl zum Europa-Parlament vor 30 Jahren wurde dieser Mangel Stück für Stück beiseite geräumt. Vorbei sind die Zeiten, in denen die Stimme der Bürgerinnen und Bürger wegen eingeschränkter Rechte ihrer gewählten Vertreter in Brüssel bisweilen verhallte. So wurden in Lissabon die demokratischen Grundlagen gestärkt:

Gesetzgebung In der Europäischen Union sind Bürger und Staaten verbunden. Deshalb entscheiden das Europäische Parlament (Bürgerkammer) und der Rat (Staatenkammer) gleichberechtigt über die europäischen Gesetze. Wichtigster Kompetenzgewinn: Die gleichberechtigte parlamentarische Mitentscheidung ist nun die Regel in der EU-Gesetzgebung. Auch die im Rat versammelten Minister sind ihren

Parlamenten in den jeweiligen Hauptstädten rechenschaftspflichtig.

Haushalt Nicht nur in der Gesetzgebung, auch in den Haushaltsrechten wird das Parlament weiter aufgewertet. Bisher waren Agrarausgaben der parlamentarischen Mitentscheidung entzogen. Die Abgeordneten entscheiden jetzt über alle EU-Ausgaben mit - ein wirkungsvoller Hebel, um politische Prioritäten zu verändern.

Demokratische Kontrolle Erst wählen die Bürgerinnen und Bürger ihre Abgeordneten, dann wählen diese Bürgervertreter den Kommissions-Chef und sagen Ja oder Nein zu seiner Mannschaft. So kann die Einsetzung der Kommission nicht mehr losgelöst vom Ergebnis der Europawahl erfolgen, das administrative "Raumschiff Brüssel" wird mitgesteuert von der demokratischen "Bodenstation", den Wählerinnen und Wählern der 27 Mitgliedstaaten. Die Präsidenten von Rat und Kommission stehen dem Parlament regelmäßig Rede und Antwort.

Bürgerbegehren Die Demokratie wird lebendiger in Europa. Der Vertrag von Lissabon führt als belebendes Element das europäische Bürgerbegehren ein. Eine Million Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Mitgliedstaaten können die Initiative ergreifen und der EU-Administration Beine machen. Sie können die Kommission auffordern, einen Vorschlag vorzulegen und damit ein Gesetzgebungsverfahren in Gang zu setzen.

Das Europäische Parlament wird einflussreicher, die Europawahl attraktiver, die Demokratie lebendiger. Die Stimme der Bürgerinnen und Bürger erhält mehr Gewicht.

3. Europa stärkt die Bürgerrechte

Nicht in der Form, aber in der Substanz einer Verfassung gewährleistet der Vertrag von Lissabon Grundrechte und -werte Europas und seiner Bürger. Damit ist die Fortentwicklung der EU von der ursprünglichen Wirtschaftsgemeinschaft zur Wertegemeinschaft unumkehrbar.

Europäische Werteordnung Kernbestand der europäischen Demokratie und Kompass, an denen sich das Handeln der Europäischen Union orientiert, sind die verbindlich festgeschriebenen Werte: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Beitrittskandidaten werden in die EU nur aufgenommen, wenn sie die Werte achten und fördern.

Charta der Grundrechte Die Bürger Europas erhalten mit dieser Charta einen der modernsten Grundrechtskataloge weltweit, in dem alle bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte aufgelistet werden. Sie

schreibt den Grundrechtsschutz fort und passt ihn an die Gefährdungslage des 21. Jahrhunderts an. Das Dokument wurde in Nizza im Jahr 2000 verkündet und in Lissabon für rechtsverbindlich erklärt. Es bindet EU-Organe und Mitgliedstaaten bei der Durchführung des Europarechts. Die Bürger können sich vor Gericht darauf berufen. Ausnahmen haben Großbritannien und Polen erwirkt.

Rechtsschutz Der rechtliche Schutz der Bürgerinnen und Bürger wird gestärkt. Der Europäische Gerichtshof wird nun auch zum Wächter über die Grundrechte im Bereich der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz.

Unionsbürgerschaft Es ist kein Widerspruch, sich als Bürger des eigenen Landes und zugleich als Europäer zu fühlen. Der Vertrag von Lissabon bekräftigt diese doppelte Zugehörigkeit: "Die Unionsbürgerschaft tritt zur nationalen Staatsangehörigkeit hinzu, ohne diese zu ersetzen." Daran sind wichtige Rechte geknüpft, z.B. konsularischer Schutz im Ausland, Wahlrechte auf kommunaler und europäischer Ebene, Auskünfte der EU in der Muttersprache des Fragestellers. Die Charta der Grundrechte festigt somit das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union.

4. Europa gestaltet seine Zukunft

Der Vertrag von Lissabon macht die EU handlungsfähiger. Die Beschlussfassung im Rat wird erleichtert, das Prinzip der Einstimmigkeit auf wenige Ausnahmen beschränkt. Das erschwert die Blockade durch einzelne Mitgliedstaaten und fördert Gestaltungsmehrheiten.

Mehrheitsprinzip Die Politikbereiche, in denen der Rat mit seinen Vertretern aus 27 Mitgliedstaaten künftig mit Mehrheit entscheidet, werden erheblich ausgeweitet. 32 Felder quer durch die Europapolitik kommen dazu. Beispiele sind: Europäischer Raum der Forschung, Katastrophenschutz, Gesundheitswesen, humanitäre Hilfe, Energie oder auch Tourismusförderung. Besonders wichtig: Die Innen- und Rechtspolitik, bislang ein Hort nationaler Souveränität, wird weitgehend europäisch geregelt.

Qualifizierte Mehrheit Hier gibt es eine einfache Formel, welche die Zahl der Staaten und Bürger berücksichtigt. Entscheidungen kommen ab 2014 im Rat zustande, wenn 55 Prozent der Staaten, die mindestens 65 Prozent der Menschen in der Europäischen Union vertreten, zustimmen.

Gestaltungsmehrheit Die neuen Entscheidungsregeln liegen auf der "goldenen Mitte" zwischen Blockademöglichkeit auf der einen und Regelungswut auf der anderen Seite. Für eine gesetzliche Gestaltung auf europäischer Ebene braucht man in der Regel eine Mehrheit in beiden Häusern, also im Rat (Staatenkammer) und im Parlament (Bürgerkammer). Lissabon reduziert die Fälle auf

wenige Ausnahmen, in denen einzelne Mitgliedstaaten ein Vetorecht ausüben können.
Lissabon schafft neuen Spielraum im Rahmen der Zuständigkeiten der Union. So wird es möglich, Europa zu gestalten anstatt bloß zu verwalten.

5. Europa schützt die natürlichen Lebensgrundlagen

Der Schutz des Klimas und die gesicherte Versorgung mit Energie und Rohstoffen sind eng miteinander verknüpfte Überlebensfragen der Menschheit am Beginn des 21. Jahrhunderts.

Klimaschutz Die Europäer wollen mit vereinten Kräften die klimaschädlichen Treibhausgase senken, um die Erderwärmung auf ein beherrschbares Maß zu begrenzen. Zugleich arbeitet die EU auf ein internationales Klimaschutzabkommen hin. Durch den Vertrag von Lissabon wird erstmals auf europäischer Ebene eine Kompetenzgrundlage für Klimaschutz geschaffen.

Energieversorgung Zugleich mit dem Schutz der Umwelt soll die Abhängigkeit von (überwiegend importierten) fossilen Brennstoffen verringert und der Anteil an erneuerbaren Energien beträchtlich erhöht werden. Die Europäer verfügen über ein hohes Potenzial, um Energie zu sparen, effizienter einzusetzen oder alternativ zu erzeugen. Durch den neuen Vertrag erhält die EU neue Kompetenzen für eine europäische Energiepolitik. Im Falle gravierender Lieferengpässe bei der Energieversorgung können einzelne Mitgliedstaaten auf die Solidarität aller EU-Länder zählen. Die Mitgliedstaaten geizten in Lissabon zwar mit neuen Zuständigkeiten für die EU. Sie wird aber gezielt in die Lage versetzt, zur Lösung globaler Probleme einen angemessenen Beitrag zu leisten.

6. Europa schützt die Bürger

Internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität sowie Drogen- und Menschenhandel bedrohen zunehmend unsere Sicherheit. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten nicht nur von ihrem eigenen Land, sondern auch von der Europäischen Union wirkungsvolle Beiträge zu ihrem Schutz. In der Innen- und Justizpolitik bringt Lissabon bemerkenswerte Fortschritte:

Mehr Sicherheit Der Vertrag gibt der EU die Werkzeuge für eine effiziente Zusammenarbeit von Polizei und Justiz an die Hand. Europa schafft einen gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Europäische Parlament erhält in diesem Bereich volle Kompetenzen.

Europol Der Vertrag öffnet den Weg, die europäische Polizeibehörde Europol zu einem handlungsfähigen Knotenpunkt im europäischen Fahndungsnetz auszubauen. Eine europäische Staatsanwaltschaft kann eingerichtet werden.

Außengrenzen Im Gegenzug zur völligen Öffnung der Binnengrenzen wird eine verstärkte Kontrolle an den Außengrenzen eingeführt.

Einwanderung Eine gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik wird angestrebt. Wichtige Ausnahme: Die nationale Zuständigkeit für Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen, die nicht aus EU-Staaten stammen, bleibt erhalten.

7. Europa spricht mit einer Stimme

Die Welt ist im Umbruch, die globalen Kräfte verschieben sich, Europa muss seinen Platz behaupten. Wir alle erleben den Aufstieg der großen asiatischen Länder China und Indien zu neuen Supermächten, den Aufbruch von Brasilien und anderen südamerikanischen Ländern sowie die neue Stärke Russlands als Rohstoff-Supermacht. An einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik führt kein Weg vorbei.

Europas Stimme Europa wird handlungsfähiger, um Konflikte in der Welt friedlich zu lösen. Die EU will wirkungsvolle Beiträge leisten für Frieden, Sicherheit und globale nachhaltige Entwicklung. Beim europäischen Außenminister, offiziell Hoher Vertreter genannt, werden künftig die Fäden zusammenlaufen. Unterstützt wird er dabei von einem diplomatischen Dienst.

Solidarität Zu Europa zu gehören, bedeutet auch, in der Not nicht allein gelassen zu werden. Falls ein Mitgliedstaat von einem Terroranschlag oder einer Naturkatastrophe betroffen ist, mobilisiert die Europäische Union solidarische Hilfe und Unterstützung. Diese Beistandsgarantie gilt auch im Falle eines militärischen Angriffs.

Mission possible Zivile oder militärische Einsätze für Frieden und Rechtsstaat in Krisengebieten erhalten ein europäisches Dach. Lissabon macht's möglich: Gemeinsames Vorgehen bei Sicherheit und Verteidigung ist keine Utopie mehr. Auch eine Gruppe von Mitgliedstaaten kann verstärkt zusammenarbeiten und vorangehen.

Europa wird handlungsfähiger. Wir sind imstande, unsere Werte und Interessen überall in der Welt besser durchzusetzen.

8. Europa erleichtert den Durchblick

Die Verfassung hätte ein neues Schnittmuster mit klaren Linien gebracht. In der Änderungsschneiderei von Lissabon musste man sich mit weniger zufrieden geben. Aber gut: Der Vertrag von Lissabon macht vieles verständlicher, erleichtert Ein- und Durchblick für Außenstehende.

Ziele Die Europäische Union richtet ihr Handeln an verbindlichen Zielen aus. Der Vertrag von Lissabon stellt dafür einen Zielkatalog bereit. Zu diesen Zielen gehört unter

anderem das Gestaltungsprinzip der "nachhaltigen Entwicklung", das für Europa und im globalen Maßstab gilt.

Transparenz Die Bürgerinnen und Bürger können in Zukunft leichter nachvollziehen, wie Gesetze entstehen. Die im Rat versammelten Minister dürfen im Gesetzgebungsverfahren nicht mehr hinter verschlossenen Türen tagen. Das Europäische Parlament debattiert selbstverständlich öffentlich. Beide Organe entscheiden in der Regel gleichberechtigt.

Aufgabenverteilung Europa wird verständlicher, weil die Aufgaben zwischen den Mitgliedstaaten und der EU klar verteilt werden. Es wird im Vertrag Punkt für Punkt aufgeführt, wo die EU allein handelt (ausschließliche Zuständigkeit), arbeitsteilig mit den Mitgliedstaaten vorgeht (geteilte Zuständigkeit) oder nur unterstützend tätig wird.

Die EU wird so verständlicher und klarer für die Bürgerinnen und Bürger. Es ist einfacher, den Durchblick zu erhalten und auch mitzureden.

9. Europa wahrt nationale Eigenständigkeit

Die Europäische Union achtet die jeweilige nationale Identität, einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung. Die EU wird sich garantiert nicht als eine Art Superstaat selbständig etablieren können, sondern steht dauerhaft auf den Schultern ihrer Mitgliedstaaten.

Einheit in Vielfalt Die Europäische Union, so garantiert der Vertrag von Lissabon, "wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas".

Prinzip der Subsidiarität Nach diesem Grundsatz sind Entscheidungen immer auf der bürgernächsten politischen Ebene zu treffen, die zur Problemlösung in der Lage ist. Also: Erst die Stadt, dann Land und Mitgliedstaat, schließlich Europa. Auf europäischer Ebene darf also nur geregelt werden, was kleinere Einheiten überfordert und auf Unionsebene besser zu verwirklichen ist.

Subsidiaritätsrüge Der Vertrag von Lissabon weist den nationalen Parlamenten eine Schlüsselrolle zu, um die Einhaltung der Subsidiarität zu kontrollieren. Sie können in einem frühen Stadium vor einer Gesetzesinitiative warnen, falls Brüssel unberechtigt Kompetenzen an sich ziehen will. Diesem Kontrollrecht kann durch eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof Nachdruck verliehen werden.

Die Subsidiarität sorgt dafür, dass die Verantwortlichen in Brüssel auf dem Teppich bleiben. Ihre Initiativen werden frühzeitig demokratisch abgeklopft.

10. Europa verbindet Bürger und Staaten.

Die europäische Einigung bedeutet, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten loyal zusammenarbeiten und sich gegenseitig bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen.

Die EU ist eine Solidargemeinschaft, aber keine geschlossene Gesellschaft: Sie bleibt offen für Ein- und Austritte. Der Vertrag von Lissabon übernimmt die bisherigen Regeln für die Aufnahme neuer Staaten. Neu sind hingegen Bestimmungen über den Austritt eines Landes, das nicht mehr in der EU sein will.

Wir wissen, Europa ist unsere gemeinsame Zukunft. Es ist ein Glück, dazuzugehören. Aber kein Mitgliedstaat wird zu seinem Glück gezwungen.